

«Die Mitte» will zwei Bundesräte

Parteichef Gerhard Pfister hat alles auf eine Karte gesetzt – und gewonnen: Die CVP beerdigt das «C». Und jetzt?

Kari Kälin

Das Terrain für den Markenwechsel war vorbereitet: Gut 60 Prozent der CVP-Mitglieder hatten in der ersten Urabstimmung der Parteigeschichte den Namen «Die Mitte» gutgeheissen. Aus dem deutschsprachigen Teil des Wallis und aus der Innerschweiz meldeten sich aber kritische Stimmen gegen die Aufgabe des «C». In seiner Eröffnungsrede zur Delegiertenversammlung vom Samstag knüpfte Gerhard Pfister den Namenswechsel an seine Zukunft als CVP-Chef. Sollten die Delegierten die Strategie der Renneleitung verwerfen, stelle er sein Amt zur Disposition. Der Zuger Nationalrat erinnerte daran, was auf dem Spiel stehe: Man wolle endlich den Sprung aus den katholischen CVP-Hochburgen herauschaffen. «Keine Partei kann es sich leisten, allein auf ihre Stammwählerschaft zu setzen», sagte Pfister.

Die Coronapandemie sorgte für ein spezielles Setting. Von 13 Standorten waren die Delegierten per Videokonferenz miteinander verbunden. In der Schlussabstimmung segneten sie den Markenwechsel mit 325 zu 57 Stimmen ab. Nötig für die Statutenänderung war eine Zweidrittelmehrheit. Mit 84,9 Prozent fiel das Ergebnis deutlich aus. Die Fusion mit der BDP erzielte noch mehr Zustimmung.

An der Versammlung stemmten sich zwar etliche Redner gegen den Namenswechsel. Doch die Bewahrer blieben auf verlorenem Posten. Es setzten sich jene durch, die mit dem neuen Label Aufbruchstimmung versprühten. «Ich freue mich auf «Die Mitte». Sie ist zuständig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Lösungen in der polarisierten Politik», sagte die Luzerner Ständerätin Andrea Gmür.

Der Schwyzer Nationalrat und Bierbrauer Alois Gmür bemerkte: «Die CVP wird immer noch in die Ecke der katholischen Kirche gedrängt.» Man könne mit einem Namenswechsel sogar bessere christliche Politik machen und eher Wähler



Er knüpfte sein Schicksal an den Namenswechsel: 84,9 Prozent folgten schliesslich Gerhard Pfister (Bildmitte). Bild: Ennio Laenza/Keystone

Lange wandelte sich nur das Logo – jetzt ist es die Marke selbst: Die CVP-Optik im Zeitverlauf



«Wir sind zuständig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.»



Andrea Gmür
Fraktionschefin «Die Mitte»

in den Städten und reformierten Kantonen gewinnen. In seinem Schlussvotum sagte Präsident Pfister: «Ich habe keinen Plan B, weil ich zu 100 Prozent von Plan A überzeugt bin.» Die CVP habe eine Zukunft, wenn sie die Weichen richtig stelle. Der Namenswechsel allein genüge aber nicht: «Es braucht Arbeit, Arbeit, Arbeit. Wir müssen «Die Mitte» mit Inhalt füllen und ihr ein Profil geben.» Diese Herausforderung bleibt jetzt in Pfisters Händen. Das klare Verdikt vom Samstag erspart der Partei die Suche nach einem neuen Präsidenten.

Wenige Sitze in den grossen Kantonen

Die Partei änderte letztmals am 12. Dezember 1970 ihr Label. Sie taufte sich von der Konservati-

ven-Christlichsozialen Volkspartei (KCV) in Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) um. Trotz des Namenswechsels blieb die CVP im konfessionellen Ghetto stecken und erreichte kaum Wähler ausserhalb der katholischen Stammlande.

Frappant ist die Schwäche in grossen Kantonen. Die CVP besetzt derzeit lediglich 3 von 94 möglichen Nationalratssitzen in den Kantonen Zürich, Bern, Waadt und Aargau. Der Wähleranteil der CVP sank in den letzten 40 Jahren kontinuierlich von gut 21 auf gut 11 Prozent. Im Jahr 2003 büsste die CVP ihren zweiten Bundesratsplatz an die aufstrebende SVP ein. Christoph Blocher trat an die Stelle der abgewählten Ruth Metzler.

Bei den letzten Wahlen verdrängten die Grünen die CVP sogar auf den fünften Platz. Wenn es der Partei jetzt nicht gelinge, nachhaltig zu wachsen, «werden wir spätestens 2027 nichts mehr in der Hand haben, um unseren Status als Bundesratspartei legitimieren zu können», sagte Pfister. Mit dem Namenswechsel und der Fusion mit der BDP, die dem Zusammenschluss ihrerseits bereits zugestimmt hatte, will die Partei das Ruder herumreissen. Das Forschungsinstitut GFS Bern attestiert dem neuen Konstrukt ein Wählerpotenzial von maximal 20 Prozent. Pfister ist überzeugt, dass die «Die Mitte» spätestens 2027 Anspruch auf einen zweiten Bundesratsplatz haben wird: «Für dieses Ziel setze ich mich mit voller Kraft ein.»

Wahlrecht trotz Behinderung: Genf geht voran

Verfassung Im Kanton Genf entschied das Stimmvolk mit 75 Prozent, dass Menschen mit schwerer geistiger Beeinträchtigung künftig an die Urne dürfen. Heute wird ihnen das Stimmrecht generell verwehrt (diese Zeitung berichtete). Damit ist Genf der erste Schweizer Kanton, der urteilsunfähigen Personen ihre politischen Rechte zurückgibt. Konkret geht es um Menschen unter Beistandschaft, deren Intellekt eingeschränkt ist. Der Genfer Entscheidung kommt Signalwirkung haben. (pmü)

Bürgerliche Schlappe in der Stadt Bern

Links-Grün triumphiert bei den Wahlen – CVP-Mann Reto Nause schafft die Wiederwahl.

SVP und FDP sind auch die nächsten vier Jahre nicht in der Berner Stadtregierung vertreten. Ihr gemeinsamer Angriff auf die rot-grüne Regierungsmehrheit, die seit 28 Jahren andauert, ist gescheitert. Vielmehr haben bei den Wahlen in der Stadt Bern die linken und grünen Parteien ihren Triumph von 2016 wiederholt und erneut vier von fünf Sitzen geholt.

«Ich bleibe damit der letzte bürgerliche Mohikaner in der Stadtregierung», sagte der wiedergewählte CVP-Gemeinderat Reto Nause. Seine Mitte-Liste

konnte ihren einzigen Sitz damit zum dritten Mal verteidigen. Nause schaffte mit 14 400 Stimmen gar sein persönliches Bestresultat. Wegen einer Amtszeitbeschränkung wird es jedoch die letzte Legislatur des 49-jährigen ehemaligen Generalsekretärs der CVP Schweiz sein.

Gross war die Freude auch bei SP und Grünen. Franziska Teuscher (Grünes Bündnis) machte mit 33 077 Stimmen das beste Ergebnis, gefolgt von der neuen SP-Frau Marieke Kruit, Stadtpräsident Alec von Grafenried (Grüne freie Liste) und

Michael Aebersold (SP). Überaus deutlich war zuvor bereits die Wahl ums Stadtpräsidium ausgefallen. 93,5 Prozent der Stimmen erhielt der bisherige Stapi Alec von Grafenried. Sein einziger Herausforderer – Aussenseiterkandidat und Videothekar Stefan Theiler – erhielt gerade mal 2413 Stimmen. Ganze 5419 Wahlzettel wurden dagegen leer eingelegt oder waren ungültig.

Das grosse Politcomeback mit dem Einzug in die Berner Stadtregierung verpasst hat damit Thomas Fuchs. Der 54-jäh-

rige Präsident der städtischen SVP musste zuletzt wegen einer Amtszeitbeschränkung auf eine Wiederkandidatur für das Kantonsparlament verzichten. Zuvor hatte er in über zwei Jahrzehnten schon im Berner Stadtparlament als auch kurzzeitig im Nationalrat politisiert.

In der fünfköpfigen Berner Stadtregierung war nach dem schon länger angekündigten Rücktritt von Ursula Wyss (SP) am Sonntag ein Sitz neu zu besetzen gewesen.

Samuel Thomi

Badis doch nicht gratis: Rot-Grün kalt abgeduscht

Zürich Die Stimmberechtigten der grössten Schweizer Stadt sagen Nein zum kostenlosen Eintritt in die Freibäder. Und dies recht deutlich, mit 54,2 Prozent, obwohl die in Zürich dominierenden rot-grünen Parteien für den Gratisertritt waren. Ein Jahr hätte die Stadt jährlich 15 Millionen Franken gekostet.

Die Grundidee der Vorlage stammt aus einer Volksinitiative der Partei der Arbeit (PdA), diese wurde aber zu Gunsten des Gegenvorschlags des Gemeinderats zurückgezogen. Den Initianten war es ein Anliegen, dass auch Menschen mit tiefem Einkommen in die Badi gehen können. Die Gegner fürchteten Dichtstress auf der Liegewiese und argumentierten mit dem Bild überfüllter Badis. Auch der Zürcher Stadtrat sprach vom «Badetourismus», der zum Nachteil für Zürcher Wasserratten werden könnte, weil man wegen der schieren Masse den Zugang zu den Badis beschränken müsste. Die NZZ wertete das Volksnein in einem Onlinekommentar gestern als «Warnschuss für die zunehmend zügellos agierende linke Mehrheit im Stadtparlament». (mg)

Letzte Nachrichten

Erstmals eine Frau als Stadtpräsidentin

Kommunale Wahlen In mehreren Gemeinden fanden am Wochenende Wahlgänge statt. Nationale Trends lassen sich daraus nicht ableiten, interessant ist aber, dass in St. Gallen erstmals eine Frau das Stadtpräsidium übernimmt: Maria Pappa (SP) obsiegte über Mathias Gabathuler (FDP). St. Gallen war die einzige grosse Schweizer Stadt, in welcher der Freisinn bislang das Stadtpräsidium besetzte. (chm)

«Strengstes Polizeigesetz der Schweiz» ist passé

Graubünden In Chur wird das «strengste Polizeigesetz der Schweiz» gelockert. Die Stimmbürger nahmen das neue Polizeigesetz mit über 82 Prozent an. In den Gassen darf somit wieder nach Mitternacht Alkohol getrunken werden. (chm)

Lotto

Schweizer Zahlenlotto
5, 10, 14, 26, 37, 40 Glückszahl: 1
Replay-Zahl: 3 Jokerzahl: 17 6 9 4 1
28.11.2020

Deutsches Zahlenlotto
2, 13, 27, 28, 35, 47 Super 6: 6 6 9 6 7 1
Superzahl: 8 Spiel 77: 9 8 17 6 8 1
28.11.2020

Österreichisches Zahlenlotto
5, 15, 26, 32, 33, 35 Zusatzzahl: 30
Joker: 9 6 3 4 1 6
29.11.2020

Euromillions
2, 5, 8, 14, 16 Sterne: 8, 9
2. Chance: 16, 19, 29, 38, 48
Super-Star: E 6 6 0 E 27.11.2020
Alle Angaben ohne Gewähr